

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 11.05.2010**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)
Zeit:	17:00 Uhr bis 20:00 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Frau Katja Raab	FDP
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Jürgen Zschocke	Verw
Herr John Dauert	SKE
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE
Herr Bertolt Marquardt	SKE
Frau Petra Meißner	SKE
Herr Andreas Riemann	SKE
Herr Thomas Senger	SKE

Es fehlen:

Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE
Herr Andreas Nowotny	SKE
Herr Michael Rautzenberg	SKE
Frau Dr. Regine Stark	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.04.2010
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Schulbezirksveränderung für die Grundschule "U. v. Hutten" und die Grundschule Johannes
Vorlage: V/2010/08773
 - 4.2. Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen für das Schuljahr 2010/11 (wird nachgereicht)
Vorlage: V/2010/08817
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Umsetzung Konjunkturpaket II
 - 7.2. Mitteilung zum Ausschreibungsverfahren Franzigmark
 - 7.3. Information zum Losverfahren
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schachtschneider eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Schachtschneider beantragt Rederecht für Herrn Bauch (Schulleiter der BbS II) und Frau Amory (Personalrat der BbS)

Abstimmung zum Rederecht

Ja- Stimmen **11 – einstimmig zugestimmt**

Herr Trömel möchte den TOP 4.2. von der TO nehmen, da die Vorlage nachgereicht wurde. Auf jeden Fall soll die erste Lesung erfolgen.

Herr Kogge erläutert den Dezernatsumlauf und den Zeitrahmen von Vorlagen im Allgemeinen sowie speziell das Ergänzungsblatt (Austauschblatt), welches an die Mitglieder vor der Sitzung ausgehändigt wurde.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: **11 – einstimmig -**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.04.2010

Herr Trömel merkt an, dass die Zahlen (Aufnahme an weiterführenden Schulen) zu spät geliefert wurden, die aktuellen Zahlen sollten jeweils mit der Niederschrift ausgereicht werden.

Abstimmung:

Ja- Stimmen **10**
Nein-Stimmen **-**
Enthaltungen **1** **– einstimmig zugestimmt -**

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Schulbezirksveränderung für die Grundschule "U. v. Hutten" und die Grundschule Johannes** **Vorlage: V/2010/08773**

Herr Hildebrand erläutert, dass sich die Vorlage aus dem Handout entwickelt hat und erklärt, dass die unterste Zeile bei der elektronischen Übertragung verrutscht ist und jeweils auf die nächste Seite gehört.

Herr Paulsen möchte, dass dem Beschluss für den Stadtrat eine Karte beigelegt wird. Die Karte sollte für den Stadtrat digital vorbereitet werden und während der Stadtratssitzung per Beamer präsentiert werden.

Herr Kogge erläutert die natürlichen Barrieren des Schulbezirkes und erklärt, dass nicht immer alle Probleme gelöst werden können.

Herr Paulsen fragt: Wie wird kommuniziert, dass die Schülerinnen/Schüler eventuell auf eine andere Schule gehen?

Herr Hildebrand: Es sind Vorinformationen an die Schulleiter erfolgt, dass dieser Beschluss geplant ist. Die Elternversammlungen finden nach der Stadtratssitzung statt, so dass die Information an die Eltern erfolgen kann.

Abstimmung für die Durchführung von Filmaufnahmen während der Sitzung

einstimmig zugestimmt

Abstimmung zur Vorlage Nr. V/2010/08773

Ja- Stimmen 11 – einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt mit Beginn des Schuljahres 2010/11 eine Schulbezirksveränderung für die Grundschule „U. v. Hutten“ Huttenstraße 40 und die Grundschule Johannes, Liebenauer Straße 151.

**zu 4.2 Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen für das Schuljahr 2010/11 (wird nachgereicht)
Vorlage: V/2010/08817 (Erste Lesung)**

Herr Hildebrand erklärt: Die Berufsschulplanung liegt schon seit der damaligen Präsentation vor. Der Erörterungstermin ist jedoch erst am 27.5.2010 im Landesverwaltungsamt. Das ist erst seit Ende April bekannt. Die BbS II würde dann im neuen Schuljahr ohne Schulleiter existieren und die Schule ist unter die genehmigungsfähige Größe gerutscht.

Herr Hildebrand: Der Beschlusstext 1 musste auf Anraten des Landesverwaltungsamtes noch geändert werden, deshalb erfolgt das Austauschblatt. Der Text sollte heißen: „Die BbS Gutjahr ist zu schließen“. Herr Hildebrand entschuldigt sich für die späte Vorlage und appelliert an die Mitglieder des Bildungsausschusses, der Vorlage zuzustimmen. Die Schulleiter Herr Schmidt und Herr Bauch werden im Landesverwaltungsamt zu diesem Prozess umfangreich informiert. Das Verfahren soll analog zum Landkreis Anhalt-Bitterfeld bzw. Saalekreis ablaufen.

Herr Schachtschneider sagt, dass im Ursprungsantrag das Wort Auflösung stand. Der Begriff Fusion bedingt, dass die neue Schule ohne Schulleiter dastehen würde. Es müsste ein Besetzungsverfahren stattfinden. In den ausgelegten Unterlagen sind die Stellungnahmen der betroffenen beiden Schulen.

Herr Bauch und Frau Amory von der BbS II erhalten das Wort

Frau Amory: Die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen muss im Auge behalten werden. Was passiert mit den Lehrern? Der Personalrat wird z. Z. neu gewählt. Eine Schließung macht den Kollegen Angst. Wie kann der Unterricht organisiert werden? Es sind z. Z. 62 Kolleginnen/Kollegen in der Schule. Eine Schließung oder eine Fusion, das ist ein großer Unterschied.

Herr Bauch: Wir stehen dem Zusammenschluss der Schulen wohlwollend gegenüber. Die Bedenken teilt Herr Bauch ebenso. Für die Kollegen sollte sich dadurch nichts ändern. Wie kann etwas zusammenwachsen, was aufgelöst wurde?

Herr Schachtschneider: Die Schule ist nur für einen Augenblick geschlossen, und geht dann, wie im Beschlusspunkt 2 angegeben, in die BbS I über.

Herr Bauersfeld: Es könnte eventuell ein 3. Beschlusspunkt (mit Erklärung) hinzugefügt werden.

Herr Trömel: Man könnte auch den Text im Beschlusspunkt 2 ändern, statt Erweiterung in die Zusammenführung ändern, dass der Zusammenschluss deutlich wird.

Herr Dr. Diaby fragt: Was kann, unter Berücksichtigung der Auflage des LVwA, gemacht werden, um Sicherzustellen, dass es so abläuft, wie es geplant ist?

Herr Kogge antwortet: Der Stadtrat kann Bildungsgänge zusammenführen und die Bildungsgänge erweitern – das kann als Antrag formuliert werden - oder Punkt 3 unter der Berücksichtigung, dass die Bildungsgänge zusammengeführt werden, einfügen.

Frau Sitte möchte eine Erläuterung zu der Formulierung - Auflösung und Schließung – Sollte es zu Einsparungen kommen, sollten diese auf jeden Fall der Schule zugute kommen.

Herr Hildebrand: Beschlusspunkt 1 – Die Auflösung der Schule erfolgt im Rahmen der SEPI. Die Schließung ist körperlich, da diese dann nicht mehr existiert, Punkt 2 – Haushaltsrelevanz. Im Schuljahr 2010/11 erfolgt nur die organisatorische Zusammenfügung, im 2. Jahr wird es dann inhaltlich gestaltet, der Lehrereinsatz koordiniert. Im ersten Jahr sind keine Einsparungen möglich.

Herr Lange fragt bezieht sich das auf die SEPI. Diese wurde ja bereits beschlossen. Er fragt die Verwaltung: Schulleiterstellen bleiben bei einigen Schulen sehr lange unbesetzt und werden auch nicht ausgeschrieben. Seit wir nicht mehr fusionieren, können die Lehrer dann in der Schullandschaft frei eingesetzt werden?

Herr Marquardt findet es traurig, dass mit den Kollegen immer über Fusion gesprochen wurde. Wie verhält es sich bei Fusionen, ist der gesamte Lehrerkörper davon betroffen?

Herr Hildebrand antwortet: Die Vorlagen-Nummer ist die, der SEPI der BbS, die bereits im Februar vergeben wurde. Sie war bereits im Geschäftsumlauf und liegt z.Z. noch im LVwA.

Herr Hildebrand: Zur rechtliche Wertung muss Herr Hildebrand noch einmal beim LVwA nachfragen. Die BbS I hat genügend Schülerinnen/Schüler. Die BbS II hat im kommenden Schuljahr nur noch 507 Schülerinnen/Schüler. Da muss das LVwA Handeln. Die Personalangelegenheiten liegen nicht in der Zuständigkeit des Schulträgers.

Herr Paulsen: Die SEPI BbS (die jetzt noch beim LVwA liegt) ist gesamt zu sehen. Das jetzt nur 2 Schulen herausgepickt werden, findet er nicht gut, wenn alles andere später beraten wird.

Herr Kogge antwortet:

- 1. Punkt - Die Genehmigungsfähigkeit: Die Schule ist nicht genehmigungsfähig, da diese im kommenden Schuljahr unter 600 Schülerinnen/Schüler haben wird.
- 2. Punkt - Die SEPI wurde vom LVwA abgefordert. Wenn dieser Beschluss nicht gefasst wird, dann könnte es sein, dass die SEPI nicht genehmigt wird.

Herr Schachtschneider fragt nach dem Antrag von Herrn Trömel zur 1. Lesung. Es müsste dann eventuell eine Sondersitzung stattfinden.

Herr Senger fragt: Wenn der Text in der Vorlage geändert wird, welche rechtliche Konsequenzen hätte das für die Genehmigungsfähigkeit? Das LVwA hat die Personalhoheit. Wie kann den Lehrern trotzdem eine gewisse Sicherheit gegeben werden?

Herr Bauersfeld: Es sollte einen Änderungsantrag auf Ergänzung eines Punktes (3) geben, der beinhaltet, dass das Personal der BbS II in die BbS I übergehen sollte, gestellt werden, oder es wird eine verbindliche Aussage des LVwA zum Personal benötigt.

Herr Schachtschneider stellte einen Antrag auf ein 2.Rederecht für Herrn Bauch.

Abstimmung:

Ja- Stimmen 11 - einstimmig

Herr Bauch findet die Sorgen des Ausschusses um das Personal gut. Konkret beschäftigt die Kolleginnen/Kollegen, wer die Arbeit weitermacht. Es muss getrennt werden, dass die Stadt für die sächliche Ausstattung verantwortlich ist. Das LVwA ist für das Personal verantwortlich, die Schulleiter haben Mitspracherecht beim Personal. Das Personal hat bedenken, dass in nächsten Schuljahr dann keiner von der alten Leitung da ist. Die BbS II wird im nächsten Jahr unter die Zahl von 600 Schülern fallen. Eine Ausnahmegenehmigung möchte die BbS II nicht beantragen, sondern den Prozess der Zusammenlegung auf den Weg bringen.

Frau Dr. Sitte: Vielleicht kann man kenntlich machen, was der Stadtrat will und könnte den Punkt 3 eventuell so formulieren: „... dass das Personal in die BbS I übergehen sollte“.

Herr Senger fragt: Kann das LVwA vorschreiben, ob es eine Fusion oder eine Schließung geben soll?

Herr Kogge antwortet: Es ist eine Auftragsplanung. Die Schule ist in der Hoheit des Landes. Die Kapazitätsgrenzen werden vom Land festgesetzt, somit kann das Land auch darüber entscheiden.

Herr Hildebrand antwortet: Das Prozedere zur SEPI ist in der VO zur SEPI klar definiert. Das LVwA schaut darüber, bevor diese im Stadtrat beraten wird. Die Empfehlung, die wir heute vom LVwA erhalten haben, sollten wir auf jeden Fall aufnehmen. Es ist jedoch sicherlich nicht schädlich, einen Punkt 3 aufzunehmen. Diesen Punkt muss das LVwA jedoch nicht akzeptieren.

Herr Bauersfeld: Bei einem ehrlichem Umgang miteinander sollte es für das LVwA keine Hürde sein, die Bildungsgänge so zu erhalten.

Herr Lange fragt: Inwieweit kann das Landesverwaltungsamt diese Schule in kürzester Zeit nicht mehr genehmigen, falls diese nicht geschlossen wird? Die SEPI liegt lange dem LVwA vor und jetzt soll eine Entscheidung/Teilentscheidung getroffen werden. Die Notwendigkeit für diese Entscheidung ist da. Er bittet, die Zeitabläufe zu erläutern! Was passiert, wenn der Beschluss heute nicht mehr getroffen wird? Diese Entscheidung sollte noch einmal in den Fraktionen diskutiert werden. Kann der Schulträger trotzdem über Fusion entscheiden, auch wenn LVwA für Schließung ist? Was ist mit einem neuen Namen? Eine Formulierung zur Namensgebung müsste auch mit in die Vorlage aufgenommen werden.

Herr Hildebrand antwortet: Der letzter Schultag in diesem Schuljahr ist der 23.6.2010. An diesem Tag ist ebenso die Stadtratssitzung. Wenn wir den Formulierungen des LVwA nicht konkret folgen, könnte die Planung abgelehnt werden, muss aber nicht. Strukturelle Veränderungen und Standortveränderungen erfolgen erst im Schuljahr 2011/12. Den Wunsch über einen gemeinsamen Namen könnte man in den Beschluss aufnehmen.

Herr Kogge: Die offenen Punkte werden zur Erörterung mit in das Landesverwaltungsamt genommen.

Die Vorlage geht am 01.06.2010 in den Bildungsausschuss und soll am 23.06.2010 in den Stadtrat. Zu diesem Zeitpunkt könnte die Bezugsvorlage dann auch vorliegen und im Bildungsausschuss beraten werden.

Herr Trömel unterbreitet folgende Vorschläge:

- Beschlusspunkt 1 ist ok;
- Beschlusspunkt 2: ergänzen,
- Beschlusspunkt 3: Personal,
- Beschlusspunkt 4: Namen

Herr Strech: Es sollte eine Fusion sein, wie damals beim Giebichenstein- und Eisler-Gymnasium. Sollte nicht fusioniert werden können, sollte formuliert werden – dass die Lehrer aktiv mitgestalten wollen.

Frau Dr. Sitte fragt: Ist im Jahr 2011 eine weitere Vorlage zu erwarten? Weiterhin bittet sie dies mit dem LVwA klären. Entweder erfolgt eine Fusion oder Schließung. Was passiert, wenn nach dem Willen des Stadtrates eine Fusionierung, und nicht wie gewünscht eine Schließung erfolgt?

Das ist ein Auftrag an die Verwaltung – Herrn Hildebrand. Eine Information wird bis zum 1.6.2010 gewünscht.

Herr Paulsen – Wir haben keine Wahl und keinen Spielraum – das LVwA bestimmt über die Schule.

Frau Dr. Bergner: schlägt vor, einen Vertreter des LVwA zur nächsten BA-Sitzung am 1.6.2010 für konkrete Rückfragen einzuladen.

Herr Senger fragt: Wenn das LVwA auf Schließung besteht, hat das LVwA bestimmt konkrete Pläne – was will das LVwA?

Herr Kogge antwortet: Die Profile sollen gleich bleiben, das Land kann Vorgaben machen, es trifft einen Rektor und nicht die Lehrerschaft. Das LVwA hat konkrete Pläne für die Schulen, das Personal, die Standorte.

Herr Schachtschneider: Es gibt einen Ergänzungsantrag der FDP, den Frau Raab erläutern wird.

Frau Raab erläutert den Ergänzungsantrag: Die Hauptargumente sind, es gibt momentan keine SEPI für BbS. Es ist eine ganzheitliche und frühzeitige Betrachtung erforderlich, damit der Fachausschuss die Möglichkeit der Gestaltung hat und nicht immer nur reagiert. Es ergeben sich bei der BbS III ähnliche Berufsfelder, die auch anderswo angeboten werden.

Herr Schachtschneider fragt nach: Der Stadtrat beschließt die Auflösung ... – das bleibt so bestehen und ist nicht als Anregung zu verstehen?

Herr Lange: Dieser Antrag kommt zum falschen Zeitpunkt und kann erst beraten und beschlossen werden, wenn die SEPI vorliegt. Eine bestandsfähige Schule jetzt da hinein zu formulieren, ist abenteuerlich, wenn man keine genaue Kenntnis der Berufsschullandschaft hat. Diesen Antrag könnte man stellen wenn es um die komplette SEPI der BbS geht.

Herr Senger findet den letzten Absatz nicht gut. Die ohnehin wenigen Mittel sollen dadurch noch ausgedünnt werden.

Dr. Diaby: Sollte eine weitere Reduzierung von Berufsschulen notwendig sein, dann sollte das in die Mittelfristigkeit aufgenommen werden.

Herr Trömel: So eine Entscheidung sollte nicht übereilt getroffen werden. Es sollte ähnlich wie bei den Förderschulen vorgegangen werden und erst analysiert werden. Er hält diesen Antrag für nicht für notwendig.

Frau Raab: Die Berufsfelder sind kein Geheimnis, sie sind öffentlich zugänglich.

Herr Bauersfeld: Der Änderungsantrag ist vom 7.5.2010. In dieser Kürze kann so etwas nicht entschieden werden. Dieses muss in der Gesamtheit entschieden werden, da es Bestreben von Halle sein sollte, ein möglichst breites Feld anzubieten.

Herr Paulsen: Die Prognose für Halle sinkt zwar bis ca. 2013/14, wird dann aber wieder ansteigen.

Frau Dr. Bergner: Dieser Antrag ist mutig. Die SEPI der BbS ist eine sehr komplexe Angelegenheit, über die man noch nicht reden sollte, da es zu früh ist.

Herr Hopfgarten: schließt sich den Vorrednern an, es ist zu früh – jede Veränderung, die sich im Schulbetrieb ankündigt schafft eine gewisse Unruhe. Es sollte wirklich noch abgewartet werden.

Herr Schachtschneider bittet um die Abstimmung des Änderungsantrages und TOP 4.2 – 1. Lesung der Schulentwicklungsplanung der Berufsbildenden Schulen.

Abstimmung:

Ja- Stimmen **11 einstimmig**

vertagt

Beschlussvorschlag

1. Der Stadtrat beschließt im Rahmen der Schulentwicklungsplanung die Aufhebung der Berufsbildenden Schulen II „Gutjahr“ und die Schließung zum 31.7.2010 gemäß § 64, Abs. 1, SchG LSA, zuletzt geändert am 16.12.2003.
2. Der Stadtrat beschließt ab 01.08.2010 das Ausbildungsprofil der BbS I „Max Eyth“ um alle bisher für die BbS II genehmigten Ausbildungsberufe und Bildungsgänge zu erweitern. Das Personal der BbS II geht in die zusammengeführte BbS über und sichert die Beschulung der genehmigten Ausbildungsberufe.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

—

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

—

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Umsetzung Konjunkturpaket II**

Herr Hildebrand informiert zur Umsetzung Konjunkturpaket II:

Wichtige Bauprojekte in der GS Kröllwitz und GS Diesterweg wurden im letzten Stadtrat beschlossen. Es hat in der vorigen Woche bereits Kontakte zu den Eltern gegeben. Die Projekte wurden vorgestellt und haben breite Zustimmung gefunden.

Das kommunale Bildungszentrum läuft planmäßig.

Der Bau der Turnhalle Büschdorf läuft noch nicht an, obwohl der Spatenstich bereits erfolgt ist. Die Verwaltung wird sich am nächsten Tag damit auseinandersetzen.

Beim kommunalen Bildungszentrum und der TH Büschdorf wurde die Planungsphase VIII vom ZGM an Dritte vergeben.

zu 7.2 **Mitteilung zum Ausschreibungsverfahren Franzigmark**

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen 3 Bewerbungen für die Franzigmark vor.

- Kinder- und Jugendhaus,
- Der Paritätische,
- BUND

zu 7.3 **Information zum Losverfahren**

Das Losverfahren hat gestern stattgefunden. Für die neuen Zahlen wird noch um Geduld gebeten, da jetzt noch die Bewerbungen in Südstadt-Gymnasium und Wolff-Gymnasium laufen.

Es ist jetzt eine Rechtsgrundlage da, in der die Rechtssicherheit gegeben ist.

Weiterhin erfolgte eine Abfrage, was sind Geschwister – 34 Kinder wurden zurückgezogen.

52 Kinder stehen auf der Warteliste. Die Briefe an die Eltern sind heute verschickt wurden.

Herr Senger fragt: Was ist jetzt mit der Geschwisterregelung/Mehrlingskinder?

Herr Lange bittet um eine Auflistung der Schulwege, für die Kinder, die aus dem Losverfahren ausgeschieden sind.

Herr Dr. Diaby fragt: Waren Geschwisterkinder und Mehrlingskinder gesetzt?

Herr Kogge antwortet: Der Begriff Geschwister ist im BGB definiert und wurde so umgesetzt. Das Verwaltungsgericht hat das so bestätigt. Die Eltern haben die Geschwister angegeben.

Herr Lange fragt: Wie ist der Begriff Geschwister definiert?

Herr Paulsen antwortet: Geschwister sind seiner Meinung nach alle Kinder, die in einer Familie zusammenleben. Er bittet um die Verwaltungsurteile, wenn diese vorliegen. Wie sieht es an den „Nachrückergymnasien“ aus? Er bittet dazu um eine Aufstellung.

Herr Hopfgarten fragt: Wie geht die Stadtverwaltung mit dem Begriff Geschwister um, um diese Erläutern zu können?

Herr Kogge antwortet: Das Gymnasium hat eine Kapazität von 112 Plätzen – Geschwister wurden durch die Eltern an den Rektor zugearbeitet. Geschwisterkinder wurden gesetzt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Raab fragt nach dem Sachstand Jägerplatzschule und der Vorlage Schulentwicklungsplanung Förderschulen.

Herr Kogge antwortet: Die Vorlage Schulentwicklungsplanung Förderschulen ist auf der nächsten TO im BA am 1.6.2010 – die Vorlage Förderschulen ist fertig und kann behandelt werden.

Herr Trömel: Der Beschluss zum Erhalt der Jägerplatzschule hat seiner Meinung nach noch Bestand.

Herr Kogge: Der Auftrag an die Verwaltung wurde ausgeführt, die Förderschulen wurden analysiert – die Vorlage liegt zum nächsten Bildungsausschuss vor.

Herr Trömel: Hat eine Aussage über die Franzigmark gehört, dass das ZGM Rasenmäher u. ä. abziehen will. **Herr Hildebrand** wird sich dazu informieren.

Herr Lange fragt, wie der Stand Schülerticket ist. Wann kann mit einer gesamten Neuregelung Schülerticket gerechnet werden? Er wirft der Verwaltung vor, dass mit der Entkernung der Schule am Jägerplatz schon Pläne getroffen wurden.

Herr Kogge antwortet: Das Haus bleibt für den Bereich Schule erhalten, so wie vom Bildungsausschuss gewünscht.

Herr Paulsen fragt nach den Plätzen an kommunalen Gymnasien und der Diskrepanz zwischen Planung und den heutigen Zahlen.

Herr Kogge antwortet: Nicht alle Kinder mit Gymnasialempfehlung melden sich auf Gymnasien an, sondern melden sich auch an Gesamtschulen an. Daher kommt die Diskrepanz.

Herr Hildebrand schlägt vor, bis zu den verlässlichen Zahlen zu warten. Erst dann kann Auskunft gegeben werden und die Zahlen können für künftige Planungen genutzt werden.

Herr Paulsen stellt folgende Fragen zur Franzigmark:

- Welchen Status hat die Ökoschule? Erhält der Träger einen Betriebs- und Sachkostenzuschuss? Wenn ja, in welcher Höhe? Wem wird das vorhandene Inventar zugeordnet?
- Verbleiben die Gartengeräte in der Franzigmark?
- Was ist ein Gastronomiebetrieb? Welche Tätigkeiten/Aktivitäten sind konkret nicht erlaubt?
- Ist die Höhe des Abschmelzens des Zuschusses schon festgelegt?

Herr Kogge antwortet, dass die Fragen von der Verwaltung schriftlich beantwortet werden.

Herr Strech fragt nach dem Hortanbau in Kröllwitz.

Herr Kogge antwortet, dass die Pläne dazu vorgelegt werden.

Herr Bauersfeld hat eine Frage zum Planetarium und zum Projektor

Herr Kogge antwortet: Im Planetarium wird investiert (Fußboden, Stühle...). Er bittet um konkrete Fragen, die dann beantwortet werden. Er verweist auch auf die Lage des Planetariums im Naturschutz- und Hochwassergebiet.

Herr Kogge: Die Beantwortung der Anfrage zum Schülerticket muss mitgenommen werden, da verschiedene Bereiche der Verwaltung involviert sind. Eine schriftliche Beantwortung wird den Mitgliedern zugesichert.

zu 9 Anregungen

Herr Schachtschneider fragt ob der Beginn des nächsten Ausschusses bereits 16:30 Uhr möglich ist? Die Mitglieder des BAs stimmen zu.

Herr Lange möchte den Antrag auf kostenloses Mittagessen auf die nächste TO des BA aufnehmen lassen.

Herr Lange hält es für notwendig, sich im 2. Halbjahr mit PPP zu beschäftigen. (Betriebskosten, Steigerung Betriebskosten, Bonus-Malus).

Herr Paulsen bittet darum, die Behandlung Losverfahren – Geschwisterregelung – mit den Unterlagen mit zu versenden, ebenso die Urteile, Rechtsauffassung usw.

Herr Paulsen bittet darum, die Schuleinzugsbereiche als Gesamtübersicht als Karte, 1 x in Papierform und als digitale Karte für jede Fraktion zur Verfügung zu stellen und ebenso für den Stadtelternrat.

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.08.10

Gert Hildebrand
Amtsleiter

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender